

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesport, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (PI 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 29. Juni 1989

Blatt 1423

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Schülerfreifahrt in Wien (1424)
- Neue Strecken für die Autobuslinien „15 A“ und „15 A gestrichen“ (1424)
- Wirtschaftsförderungsfonds bekommt Simmeringer Gasbehälter (1425)
- Ein Fahrrad für den Lebensretter (1426)
- Schulklasse gewann Besuch bei Bürgermeister Zilk (1426)
- Wiener Gemeinderat (1427-1439)
- Plakataktion: Die Waffen nieder (1440/1441)

Wirtschaft:

- ÖCAD-Pressekonferenz auf 11. Juli verschoben (nur FS)

Schülerfreifahrt in Wien

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Achtung: In Wien können Schüler in den Ferien, und zwar heuer vom 1. Juli bis 7. September 1989, gratis mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Diese Regelung gilt für alle Schüler bis Ende des Schuljahres, in dem sie das 19. Lebensjahr vollenden. Berufsschüler sind von dieser Regelung ausgenommen.

Alter und Schulbesuch müssen auf Verlangen mittels Schülerschein oder Schülerkarte, die für das Schuljahr 1988/89 gültig waren, nachgewiesen werden. (Schluß) roh/gg

Neue Strecken für die Autobuslinien „15 A“ und „15 A gestrichen“

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Auf Wunsch zahlreicher Fahrgäste verkehren ab Samstag, dem 1. Juli, die Autobuslinien „15 A“ und „15 A gestrichen“ mit geänderten Linienführungen. Dadurch können die Umsteigerelationen verbessert werden.

Die Linie „15 A“ verkehrt dann in beiden Fahrtrichtungen ab Kerschensteingasse/Kundratstraße über Köglergasse zur Wienerbergstraße und über die gleiche Strecke zurück zur bestehenden Fahrtroute. In Fahrtrichtung Schmelz/Gablenzgasse wird die Haltestelle Ambulatorium Süd von der Wienerbergstraße in die Köglergasse verlegt und gemeinsam mit der Linie „7 A“ eingehalten. In beiden Fahrtrichtungen werden die Haltestellen Unfallkrankenhaus Meidling im Zuge Kundratstraße aufgelassen und in die Köglergasse vor beziehungsweise nach der Kundratstraße verlegt, wo sie gemeinsam mit den Linien „15 A gestrichen“ und „7 A“ eingehalten werden. Weiters werden die Haltestellen Eibesbrunnengasse in beiden Fahrtrichtungen von der Linie „15 A“ nicht mehr eingehalten.

Die Linie „15 A gestrichen“ wird in Richtung Schmelz/Gablenzgasse ab der Untermeidlinger Straße/Kundratstraße über die Untermeidlinger Straße und Köglergasse zur bestehenden Fahrtroute Kerschensteingasse geführt. Die Haltestelle Unfallkrankenhaus Meidling wird in die Köglergasse gegenüber Ordnungsnummer 2 vor der Kundratstraße gemeinsam mit den Linien „7 A“ und „15 A“ verlegt.

Darüber hinaus verkehrt die Linie „15 A gestrichen“ ab 1. Juli auch an Samstagen zwischen Meidlinger Hauptstraße U und Wienerbergstraße.

Die ersten und letzten Busse fahren an Samstagen ab Meidling Hauptstraße um 7.01 beziehungsweise 13.01 Uhr, ab Wienerbergstraße um 7.13 beziehungsweise 13.13 Uhr. (Schluß) roh/bs

Wirtschaftsförderungsfonds bekommt Simmeringer Gasbehälter

Konkrete Nutzungsvorschläge bis Frühjahr 1990

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) soll noch im kommenden Herbst Eigentümer der denkmalgeschützten vier Simmeringer Gasbehälter werden, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Donnerstag der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Der WWFF wird konkrete Vorschläge für eine multifunktionale Nutzung der zwischen 1896 und 1899 errichteten Bauten erarbeiten, die konkreten Nutzungsvorschläge werden im Frühjahr 1990 vorliegen und der Öffentlichkeit präsentiert, betonte Mayr. (Schluß) sei/bs

Ein Fahrrad für den Lebensretter

Wien, 29.6. (RK-LOKAL) Einer blitzschnellen Reaktion eines Passanten verdankt der kleine Philipp sein Leben: Während die Erwachsenen vor Schreck erstarrten, als das elf Monate alte Baby auf dem Fensterbrett herumturnte, sprintete der 13jährige Martin MANTLER aus Wien 15 los und konnte den abstürzenden Philipp gerade noch auffangen. Jetzt erfüllte Bezirksvorsteher Kurt MENGER aus Rudolfsheim-Fünfhaus einen Herzenswunsch des mutigen Burschen: Mittwoch nachmittag übergab er ihm auf dem ASKÖ-Platz auf der Schmelz ein Mountain-Bike. (Schluß) end/gg

Schulklasse gewann Besuch bei Bürgermeister Zilk

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK empfing heute, Donnerstag, im Roten Salon des Wiener Rathauses die Gewinner des ersten Preises des am 23. Juni auf der Donauinsel veranstalteten Verkehrsquiz, welcher zum 120jährigen Jubiläum des Bestehens der Wiener Sicherheitswache stattgefunden hatte.

Bei einem kleinem Empfang für die Schüler der Klasse 4 b der Ganztagschule aus Floridsdorf, Dopschstraße 25, hob Bürgermeister Zilk die Wichtigkeit verantwortungsbewußter Verkehrserziehung hervor. (Schluß) hu/rr

Wiener Gemeinderat

Rechnungsabschlußdebatte Kultur

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die Mittwoch abend unterbrochene Rechnungsabschlußdebatte des Wiener Gemeinderates wurde Donnerstag um 9 Uhr wieder aufgenommen.

Kultur

GR GINTERSDORFER (FPÖ) kritisierte Mehrausgaben in der Höhe von neun Millionen Schilling für „Maßnahmen zur Förderung bildender Künste“, womit das Hrdlicka-Denkmal am Albertinaplatz gemeint sei. Es stehe seit Monaten unvollendet da und sei von der Öffentlichkeit nach den anfänglich hitzigen Debatten emotionslos zur Kenntnis genommen worden. Es gehöre seiner Meinung nach nicht zu den stärksten Werken des Meisters. Gintersdorfer sprach von einer vertanen Chance auf einem zentralen Platz.

Zum Theater an der Wien sagte er, dieses Haus befinde sich in einer Zwitterstellung. Einerseits sei es eine En-suite-Musical-Bühne, andererseits ein Festspielhaus. Das führe dazu, daß trotz enormer Kartennachfrage das „Phantom“ vom 16. April bis 7. Juli pausieren müsse. In 80 Tagen gebe es 18 Aufführungen, 62 Tage würden für Proben und Umbauten benötigt. Dadurch entstünden finanzielle Belastungen, und er bezweifle den Sinn des Theaters als Festspielhaus.

Zur Diskussion um ein zusätzliches Opernhaus empfahl Gintersdorfer, die Redoutensäle dafür — unabhängig von Kompetenzen und politischer Zuständigkeit — als künftigen Spielort zu adaptieren. Er bedaure es, daß die Operette, ein typisches Wienerisches Kulturgut, seit langem nicht ernsthaft gepflegt werde. Das habe man schmerzlich während der Wiener Festwochen feststellen müssen, bei der auf die Liebhaber dieses Genres offenbar vergessen wurde. Selbst die Volksoper habe sich zu diesem Zeitpunkt mit einer Operettenproduktion im Ausland befunden und in Wien „Kiss me Kate“ gespielt. Dies sei seiner Meinung nach nicht der richtige Weg.

Die ÖVP habe im Kulturbereich die Bereitschaft zur Zusammenarbeit bewiesen, sagte GR Mag. KAUER (ÖVP). Rund 90 Prozent der Beschlüsse seien einstimmig gefallen. Die Vorstellung eines bis dahin unbekanntes Kulturberichts am gestrigen Tag sowie sein Inhalt, Anspruch und Stil seien aber nicht dazu angetan, diese Kooperation zu fördern. Ein weiteres negatives Beispiel sei ein Rechnungshofbericht, der ihm nur über Umwege bekanntgeworden sei, kritisierte Kauer. Darin bezweifle der Rechnungshof die Tauglichkeit des Vereins Wiener Festwochen. Es gebe gravierende Vorwürfe bezüglich der Geschäftsgebarung des Kulturamtes. So habe der Rechnungshof bei einer Überprüfung der Kulturausgaben festgestellt, daß verbindliche Richtlinien oder Normen für die Ausgaben fehlten. Ein weiterer Vorwurf betreffe die Budgetwahrheit und -klarheit. So fänden sich in den verschiedensten Budgetansätzen auch Ausgaben für die Festwochen, die offensichtlich zu den reinen Aufwendungen des Vereins nicht addiert werden. Auch die für die Festwochen budgetierte Summe entspreche nicht den tatsächlichen Aufwendungen. Das Budget habe 1984 44,1 Millionen, 1985 47,7 Millionen, 1986 52,7 Millionen und 1987 60 Millionen Schilling betragen, die Ausgaben hätten im Gegensatz dazu 1984 52 Millionen, 1985 66,5 Millionen, 1986 69,9 Millionen und 1987 90 Millionen betragen. Die Bilanz der Festwochen für 1988 sei noch nicht fertig. Im Vergleich zu anderen Festivals, zitierte Kauer eine Untersuchung der Universität Groningen, habe der Verein Wiener Festwochen das kostspieligste, nicht am besten ausgelastet, personell am höchsten ausgestattete, aber kleinste Programm. Man müsse sich auch fragen, ob die Funktionen einer Vereinspräsidentin der Festwochen und einer Amtsführenden Kulturstadträtin vereinbar seien.

Forts. von Blatt 1427

GR Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) erklärte, daß der zitierte Rechnungshofbericht erst ein Rohbericht sei, der noch einer Gegenäußerung und einer Schlußbesprechung bedürfe. In der Tatsache, daß die Kulturstadträtin auch Festwochenpräsidentin und Präsidentin der Wiener Symphoniker ist, sieht Aigner einen Vorteil, weil auf diese Weise die von der Stadt Wien subventionierten Organisationen der unmittelbaren Einflußnahme der Stadt Wien unterliegen.

Die Musiksommereröffnung als Auftakt zu einem großen musikalischen Sommerprogramm sei ein großer Erfolg gewesen, sagte Aigner. Für die Musik würden bedeutende Mittel aus dem Budget bereitgestellt. Dazu gehöre auch die Subvention für die Symphoniker, die allein in Wien 150 Konzerte jährlich geben und unter ihrem Ersten Gastdirigenten Georges Pretre Höhenflüge erleben. Ihr Auftreten bei den Bregenzer Festspielen sei eine kulturelle Leistung Wiens für Vorarlberg. Das Festival Moderner Musik werde von Claudio Abbado sehr gepflegt, und „Töne und Gegentöne“ habe sich ebenfalls eines sensationellen Erfolges erfreuen können. Die Festwochen seien bei Publikum und Kritik sehr gut angekommen, was sich beispielsweise in der ständig steigenden Auslastung des Theaters an der Wien und der Einnahmensteigerung gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent manifestiere. Außerordentlich erfreulich seien auch die Erfolge von „Wunderblock“, „Entführung aus dem Serail“, „Lulu“ oder „Sarafina!“ gewesen. Die Resonanz des Publikums bestätige die Richtigkeit des Wegs, den die Kulturstadträtin eingeschlagen hat. Abschließend würdigte Aigner den soeben vorgelegten Kunst- und Kulturbericht der Stadt Wien, der erstmals in dieser Form erstellt wurde. Ohne die Förderung der Stadt Wien gäbe es vieles an Kultur in Wien nicht, sagte Aigner. Sponsoren können nur einen kleinen Teil der Mittel beitragen. Das Kulturbudget habe die Milliarden-Schallmauer überschritten, und er sei zuversichtlich, fügte Aigner hinzu, daß der Anteil der Ausgaben für Kultur am Gesamtbudget weiter steigen werde.

GR CZERNY (ÖVP) verlangte Aufklärung über einige „Kunstgriffe“ beim Budget für die Altstadterhaltung. So seien im Vorjahr 26,7 Millionen der Sonderrücklage zugeführt worden, die damit bereits auf 110 Millionen angewachsen sei. Czerny wollte wissen, was mit diesem Geld und den daraus erwachsenden Zinsen geschehe.

Seit 1970 wurden insgesamt 898 Millionen für geförderte Objekte im Bereich der Altstadterhaltung ausgegeben. GR Czerny kritisierte in diesem Zusammenhang, daß es noch offene Abrechnungen gebe, die bis ins Jahr 1980 zurückgehen. Die Abwicklung werde anscheinend auf die lange Bank geschoben, entweder der Förderungswerber oder der ausführende Gewerbebetrieb müßten die Projekte vorfinanzieren, was meist deren wirtschaftliche Möglichkeiten übersteige. Czerny verlangte eine Aufstockung der damit befaßten Beamten, die derzeit offenbar überfordert seien.

Bei der Renovierung der Lueger-Kirche am Zentralfriedhof müßte nicht, wie von der Stadt Wien verlangt, die Erzdiözese aktiv werden: es gebe einen Vertrag aus dem Jahr 1951, wonach die Erhaltung der Lueger-Kirche ausschließlich der Stadt Wien obliege. Deswegen dürfe einem baldigen Beginn der Renovierung eigentlich nichts im Wege stehen, wenn sich die Stadt Wien ihre Verträge anschauere, sagte Czerny.

Die Renovierung des Grassalkovics-Schlössels käme fast einem Abbruch gleich, nur noch ein Fragment in Form der Vorderfront sei erhalten, sagte GR Czerny. Anscheinend sei der GESIBA, die das Schlössel zu einem viel zu billigen Preis angekauft habe und dort auch ein Wohnhaus errichten wolle, die gut erhaltene Substanz im Weg gewesen. Außerdem sei laut Ausschreibung im Amtsblatt eine Aufstockung des denkmalgeschützten Schlössels vorgesehen. Auch über diese Vorgangsweise verlangte GR Czerny Aufklärung.

Forts. auf Blatt 1429

GR PFANNENSTIEL (SPÖ) brachte einen ANTRAG zur Umbenennung des Pfarrer-Deckert-Platzes in Währing in Schwester-Restituta-Platz ein. Pfarrer Deckert (1843 bis 1901) habe in zahlreichen Werken einen primitiven Antisemitismus und üble Hetze gegen das jüdische Volk, etwa durch die Popularisierung der Ritualmord-Legende, vertreten. Dagegen sei Schwester Restituta eine katholische Österreicherin gewesen, die im Kampf gegen den Hitler-Faschismus ihr Leben geopfert hat. 1894 in Mähren geboren und in Wien aufgewachsen, war sie als Nonne in der Krankenpflege des Hartmann-Klosters tätig. Wegen Verbreitung eines regimekritischen Gedichtes wurde sie 1943 hingerichtet. Durch die Benennung des Platzes soll sie geehrt werden, erklärte Pfannenstiel.

Nichts könne als Rechtfertigung für die antisemitischen Äußerungen Pfarrer Deckerts gelten, meinte GRPROCHASKA (ÖVP), wenn auch kaum eine politische Bewegung damals glaubte, auf antisemitische Äußerungen verzichten zu können. Er wolle nicht gegenseitig Zitate aufrechnen, denn auch Marx und Engels hätten Antisemitisches von sich gegeben. Deckerts Antisemitismus sei politisch-ökonomisch motiviert und gegen den politischen Gegner Liberalismus gerichtet gewesen. Er lehne es ab, Deckert, der eine umstrittene Persönlichkeit war, als einen Vorkämpfer des Nationalsozialismus abstempeln zu lassen. Auch bezweifle er die gute Absicht der Sozialisten, da sie in Margareten, dem Heimatbezirk Schwester Restitutas, keine Benennung durchführen wollen. Vielmehr würde Zwietracht gesät und würden Gräben aufgerissen. Überdies sei der Platz laut einem Gutachten der MA 21 keine öffentliche Verkehrsfläche, sondern stehe im Eigentum der Pfarre, ein allfälliger Beschluß des Gemeinderates müßte daher vom Bürgermeister sinstiert werden. Er appelliere daher an die Sozialisten, dem Antrag nicht zu folgen.

GR KÖNIG (SPÖ) betonte, seine Fraktion wolle nicht Zwietracht säen. Die Meinung der MA 21 sei geprüft und als nicht richtig erkannt worden. Die Benennung des Platzes 1901 durch den Gemeinderat war rechtlich vollkommen in Ordnung. Sicher habe auch die sozialistische Bewegung Fehler gemacht. Dies habe aber keinen Zusammenhang mit dem Sudel-Antisemitismus des Pfarrer Deckert. In der Geschichte seiner Partei, betonte König, hätten viele, allzu viele unter dem Antisemitismus gelitten. Eine Rücknahme des Antrags wäre zugleich eine Schändung dieser Opfer.

StR EDLINGER (SPÖ) erklärte, der Vorschlag zur Umbenennung wurde nicht gemacht, um Zwietracht zu säen, sondern weil es an der Zeit war, der Person der Schwester Restituta zu gedenken. Außerdem habe im 5. Bezirk die Anbringung einer Gedenktafel am Hartmann-Spital für Schwester Restituta nicht die Zustimmung der ÖVP gefunden. Edlinger betonte, er werde alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um diesen Schandfleck in Währing zu beseitigen.

Zum Palais Grassalkovics berichtete StR Edlinger, daß die GESIBA im Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt die wertvolle Substanz selektiert habe. Portikus, Dach und Fassaden seien demnach unabdingbar zu erhalten. Um diese denkmalpflegerische Substanz zu erhalten und mit neuem Leben zu erfüllen, sollen Wohnungen errichtet werden. Dabei sei das Wohnbauförderungsgesetz zu berücksichtigen, das die anrechenbaren Grundkosten in ein bestimmtes Verhältnis zu den Gesamtkosten stelle. Daher wurde der Verkauf um sieben Millionen Schilling an die GESIBA beschlossen, da sonst das Projekt nicht als Wohnbau förderbar gewesen wäre.

GR RUPANER (SPÖ) warf GR Mag. Kauer unsachliche und zynische Kritik vor. Kauer habe auch bezüglich des überhaupt noch nicht vorliegenden Rechnungshofberichtes unrichtige Angaben an die Medien weitergegeben. Er betreibe unseriöse Politik. Anschließend wies Rupaner auf die Bedeutung des Stadt- und Landesarchivs hin, das heuer sein 100jähriges Bestehen als eigene Abteilung feiert. Das Archiv dokumentiert nicht nur, es

Forts. von Blatt 1428

Forts. auf Blatt 1430

arbeite auch wissenschaftlich, richte Ausstellungen aus und sei ein Dienstleistungsbetrieb für die Bevölkerung.

Auch bei der Wiener Stadt- und Landesbibliothek verwies Rupaner auf die Bedeutung der Ausstellungstätigkeit. Mit den Nachlässen von Hochwälder, Qualtinger, Roda-Roda und Hans Moser sowie den Manuskripten von Friederike Mayröcker, die die Bibliothek erwerben konnte, wurden die wertvollen Bestände ergänzt. Besonders bedeutend war der Ankauf zweier kostbarer Schubert-Autographen um 4,2 Millionen Schilling.

Im Bereich der Museen der Stadt Wien würdigte Rupaner besonders die Ausstellungstätigkeit anlässlich des Gedenkjahres 1988 mit den Ausstellungen „Heilige Gemeinde Wien — Judentum in Wien“, „Wien 1938“, „Der Novemberpogrom. 'Die Reichskristallnacht in Wien'“ und „Und dann möchte ich leben“. Ferner verwies Rupaner auf Erfolge in der Museumspädagogik.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung meldete sich GR Dkfm. Karl KÖNIG (ÖVP). König sagte, die ÖVP-Margareten habe sich nicht gegen eine Ehrung von Schwester Restituta ausgesprochen. Sie habe vielmehr beantragt, nach ihr das neue Pensionistenheim in Margareten zu benennen. Mit der Begründung, die Benennung nach Personen sei für Pensionistenheime nicht möglich, habe die SPÖ abgelehnt. Es gebe aber das Maria-Jacobi-Heim im 3. Bezirk.

GR Ing. RIEDLER (SPÖ) entgegnete, StR. Edlinger habe nicht von einer Ehrung gesprochen, sondern von der Gedenktafel, die die SPÖ Margareten für Schwester Restituta — und für zwei weitere Widerstandskämpfer — beantragt habe. Da diese jedoch den Sozialisten und später den Kommunisten angehört hatten, habe die ÖVP diesen gemeinsamen Antrag abgelehnt. Die Benennung des Maria-Jacobi-Heimes sei ausnahmsweise so erfolgt, weil diese die Initiatorin und Gründerin der Pensionistenheime gewesen sei.

Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK bekannte sich zu einer Kulturpolitik, die der Kunst und den Künstlern optimale Rahmenbedingungen biete. Das koste natürlich Geld, sagte Pasterk, und deponierte den Wunsch nach weiteren Steigerungen des Kulturbudgets. Immerhin habe es bereits vom Rechnungsabschluß 1987 zum Rechnungsabschluß 1988 eine Anhebung von 964 auf 1.223 Millionen Schilling gegeben. Wolle Wien jedoch im urbanen Wettstreit mit vergleichbaren Städten bestehen, müsse es auch im finanziellen Bereich weitere Anstrengungen geben. Pasterk äußerte den Wunsch nach einer Aufbruchstimmung im kulturellen Bereich, um große Projekte wie etwa den Ausbau des Messepalastes anzugehen.

Die Kulturstadträtin sprach sich auch für die Transparenz bezüglich der vergebenen Mittel aus. Der Kunst- und Kulturbericht 1988 — wie er in dieser Form erstmals seitens der Stadt Wien ediert wurde — sei ein Beitrag zu dieser Transparenz, zur Diskussion im Kulturbereich. Die Kritik von GR Mag. Kauer am Kulturbericht und generell an der Wiener Kulturpolitik bezeichnete Pasterk in diesem Zusammenhang als Miesmacherei und Negativismus. Damit sei keine Kulturarbeit zu leisten.

Pasterk wies im besonderen auf die Bedeutung der Förderung der zeitgenössischen Kultur hin und nannte als konkrete Beispiele das Musikfest „Wien modern“, das Theater „Der Kreis“, die „Literatur im März“ und die Ausstellungstätigkeit auf dem zeitgenössischen Sektor. Weiters vermerkte Pasterk, daß sie froh sei, daß die SPÖ in bezug auf das Denkmal gegen Krieg und Faschismus und die Diskussion um Thomas Bernhard im Jahr 1988 den richtigen Weg gegangen sei.

Zur Wortmeldung von GR Gintersdorfer zum Ronacher sagte Pasterk, daß nach dem Auslaufen von „Cats“ Mitte 1990 mit der Renovierung begonnen werde. Die Bespielung der Redouten-Säle sei aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit nicht sinnvoll.

Forts. von Blatt 1429

Forts. auf Blatt 1431

Zum Bereich der Altstadterhaltung vermerkte Pasterk, daß man hier ausbezahlte und zugesagte Beträge nicht verwechseln dürfe. Eine Beschleunigung des Verfahrens in diesem Bereich werde in Kürze besprochen.

Zum Angriff, die Festwochen seien teurer als ausgewiesen, sagte Pasterk, man müsse zwischen den eigentlichen Wiener Festwochen im Mai/Juni und dem Verein Wiener Festwochen, der auch andere Veranstaltungen wie die biennalen Tanzfestivals, „Töne und Gegentöne“ und verschiedene Ausstellungen ausrichte, unterscheiden. Das Defizit, das den Festwochen für 1988 nachgesagt werde, stimme ebenso nicht, wie das für das Jahr 1987 lancierte Defizit, das sich dann als Plus von über einer Million Schilling herausgestellt habe.

Angesichts der kulturellen Aktivitäten der Stadt Wien könne man ruhig sagen, es hätte vieles ohne die Kulturabteilung der Stadt Wien im Wiener Kulturleben nicht gegeben, meinte Pasterk in bezug auf die Wortmeldung von Mag. Kauer. Sie bekenne sich zu Kunst und Kultur als Lebensgrundlage der Stadt, zur kulturellen Identität Wiens. Abschließend dankte Pasterk allen Mitarbeitern des Kulturbereiches.

StR Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort. Sie erklärte, daß das Maria-Jacobi-Pensionistenheim nicht das einzige in Wien sei, das nach einer Person benannt sei. Das zweite sei das Pensionistenheim im 14. Bezirk, das nach Gustav Klimt benannt ist.

Gesundheits- und Spitalswesen

Zu Beginn der Debatte über diesen Geschäftsbereich nahm Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zum Bericht der Internationalen Expertenkommission Stellung. Er erinnerte daran, daß es nicht Aufgabe der Kommission gewesen sei, Leistungen der Stadt Wien zu würdigen, sondern Mißstände aufzuzeigen und Vorschläge für Verbesserungen des Spitalswesens im Bereich der Stadt Wien zu erstellen.

Stacher sagte, daß im Jahre 1988 durch die Gründung der MA 16 ein großer Schritt vorwärts getan worden sei. Diese Abteilung könne in einem Kostenrahmen von bis zu 20 Millionen Schilling alleinige Entscheidungen treffen und auch Personalfragen selbständig lösen; etwas, das im Zuge der geforderten Dezentralisierung unabhängig von dem Bericht der Expertenkommission geschehen sei.

Er sei keineswegs gegen „Anstellungen auf Zeit“. Als er jedoch gefordert hatte, Primärärzte auf ein Jahr Probezeit anzustellen, sei ihm das als Sakrileg ausgelegt worden, und man habe seinen Rücktritt gefordert.

Er stimme mit der Expertenkommission auch darin überein, daß die kollegiale Führung nur teilweise funktioniere. Es gebe allerdings keine Alternative zur Zusammenarbeit, Teamarbeit stehe im Spitalsbereich außer Diskussion.

Zur Frage, ob ein „Radldienst“ oder ein Schichtdienst sinnvoller sei, bemerkte Stacher, daß Schwestern sich schon mehrfach mit aller Entschiedenheit für den Radldienst ausgesprochen hätten. Offenbar komme dieser Modus dem Arbeitsrhythmus der Schwestern wesentlich mehr entgegen.

Stacher ging auch auf den Vorwurf ein, daß er zwei Funktionen ausübe, jene des Arztes und jene des Politikers. Dazu stellte er fest, er sei im Krankenhaus vielleicht mehr anwesend als andere, die ihren Dienst genau erfüllen.

Es treffe nicht zu, daß in Wien ständig 120 Notbetten aufgestellt seien. Es könne allerdings zu gewissen Zeiten, etwa während einer Grippeepidemie, gewisse Engpässe geben. Die Situation werde sich erst entscheidend bessern, wenn das SMZ-Ost zur Verfügung stehe.

Die Erkenntnis, im Krankenpflegedienst gebe es zuwenig diplomierte

Forts. von Blatt 1430

Forts. auf Blatt 1432

Schwestern, sei zwar richtig, prozentuell stünden aber in Wien mehr Schwestern als in allen anderen Bundesländern zur Verfügung. Um die Situation weiter zu verbessern, würden derzeit bereits bewilligte Posten besetzt.

Zusammenfassend wiederholte Stacher seine Aussage, daß der Bericht der Internationalen Expertenkommission sachlich seriös ausgefallen sei. Er hoffe, daß gewisse Argumentationen nun mehr Gewicht bekommen. Es müsse allen klar sein, daß eine Verbesserung des Gesundheitssystems keine Frage der Stadt Wien allein sei, sondern eine Frage, die alle mit der Gesundheit befaßten Stellen angehe. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit sollte durch diesen Bericht wesentlich gestärkt werden.

Der gestrige Beschluß über das Krankenanstaltengesetz habe, sagte GR Karin LANDAUER (FPÖ), eine die Bevölkerung verunsichernde und für das Image der Wiener Gesundheitspolitik negative Berichterstattung im burgenländischen ORF ausgelöst. Dort sei berichtet worden, daß die Stadt Wien nun keine Pendler mit Wohnsitz im Burgenland mehr in Wiener Spitäler aufnehme. Landauer forderte eine sofortige Aufklärungskampagne.

Landauer zollte Gesundheitsstadtrat Dr. Stacher Anerkennung für die Psychiatriereform, bezweifelte aber, daß die nun notwendigen Reformmaßnahmen im Gesundheitsbereich von ihm durchgeführt werden könnten. Als Beispiel nannte Landauer die Doppeltätigkeit Stachers als Stadtrat und Primararzt. Landauer stellte den ANTRAG, in den Dienstzeitevorschritten für Primar-, Ober- bzw. Assistenzärzte eine 40stündige Anwesenheitspflicht pro Woche, gleichmäßig aufgeteilt auf die Tagesstunden, festzulegen, die bestehende Nivellierung zwischen diplomiertem Pflegepersonal und Stationsgehilfen rückgängig zu machen und eine Werbeaktion für den diplomierten Pflegedienst bei den heurigen und nächstjährigen Maturantenjahrgängen durchzuführen.

Weitere Kritikpunkte seien das Verhalten des Spitalsombudsmannes, der Beschwerden nicht ernst nehme, das Versagen der Lainzer Pathologie und das Fehlen einer externen Supervision für das Pflegepersonal. Nach 16 Jahren Mangel an Durchsetzungskraft, schloß Landauer, solle Stacher nun seine politische Tätigkeit beenden.

GR Dr. RASINGER (ÖVP) stellte die Frage nach dem Standort des Gesundheitswesens 16 Jahre nachdem Stacher dieses Ressort übernommen hat. Die Gesundheitspolitik sei früher ein Glanzstück der Sozialistischen Kommunalpolitik gewesen, und es sei zu hoffen, daß sie dieses Prädikat wieder erwerben kann. Beteuerungen allein seien jedoch noch keine Realität. Der Zentralismus im Spitalswesen sei gescheitert; wenn man ihn jetzt beim Aufbau sozialer Strukturen einführe, werde er ebenfalls scheitern. Die SPÖ habe das von der ÖVP vorgeschlagene Berliner Modell als unrealisierbar abgelehnt. Für die Einführung der Supervision in den Spitälern habe es fünf Jahren bedurft, und sie konnte erst auf Grund der Vorfälle in Lainz eingeführt werden. Stacher kenne die Probleme, und es sei unverständlich, daß er diese psychologische Unterstützung für das Personal nicht früher eingeführt hat. Die Stadt Wien habe auch immer die Aufnahme von teilzeitbeschäftigtem Pflegepersonal abgelehnt und damit in Kauf genommen, daß Stationen geschlossen werden mußten. Der Schwesternmangel bringe es auch mit sich, daß notwendige Operationen auf unbestimmte Zeit verschoben werden müssen und Patienten dadurch gefährdet werden. Was die Arbeitszeit des ärztlichen Personals betrifft, sei die Finanzverwaltung 1976 aus Kostengründen gegen den Dienst von 8 bis 15 Uhr gewesen. Die Institution des Stationsarztes müßte ausgebaut werden. In Wien fehlen auch viele Fachärzte. „Was muß passieren, damit etwas geschieht?“, sagte Rasinger. Er würdigte die Leistungen Stachers als Arzt und deponierte die Meinung der ÖVP, daß sie, anders als die FPÖ, im Prinzip nichts dagegen hätte, daß Stacher Primarius und gleichzeitig Stadtrat ist.

Forts. von Blatt 1431

Forts. auf Blatt 1433

Mittel aus dem Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds seien von Wien nicht für die Förderung von Innovationen auf dem Gebiet der Hauskrankenpflege verwendet worden, und das Sozialmedizinische Zentrum Unterpensing bewiese beispielsweise, daß Idealisten „gepflanzt“ werden. Für die alten Menschen, die derzeit oft von vielen sozialen Diensten betreut werden, forderte Dr. Rasinger eine einzige Bezugsperson. Die Dezentralisierung des Gesundheitswesens müsse mit ausreichenden Mitteln dotiert werden. Es gehe nicht an, daß im Gesundheitswesen die Verantwortung hin und her geschoben werde.

Niemand traue Gesundheitsstadtrat Stacher noch die Durchsetzung großer Reformen zu, schloß Rasinger.

GR Dr. Elisabeth NECK-SCHAUKOWITSCH (SPÖ) verteidigte das Wiener Gesundheitswesen und den dafür zuständigen Stadtrat. Der Bericht der Expertenkommission hebe naturgemäß nur die Fehler und Mängel hervor und berücksichtige nicht die medizinischen Spitzenleistungen, die in Wien erbracht werden. StR Stacher habe in dem Buch „Medizin 2000“ viele der Anregungen bereits vorweggenommen. Er habe immer wieder bewiesen, daß er neue Ideen habe und diese auch durchsetzen könne. Auch in einem heute vorgestellten Buch eines Kronen-Zeitung-Redakteurs werde hervorgehoben, daß „eine tiefgreifende Erneuerung des bis dahin katastrophalen Wiener Gesundheitswesens erst mit dem Eintritt von StR Stacher in den Wiener Stadtsenat Mitte der 70iger Jahre erfolgte.“ Als Beispiele nannte Neck-Schaukowitsch die Psychiatriereform, den Zielplan für Altenhilfe und die Institute für Umweltmedizin und Ganzheitsmedizin.

Ein dreistufiges ärztliches Versorgungssystem wurde geschaffen und ausgebaut, neue Betreuungsmöglichkeiten für alte Menschen eingerichtet. Die Mobilien Schwestern mit fast 5.000 Betreuungen im Jahr und die Heimhelferinnen, die im Monat 12.000 Personen versorgen, wurden initiiert. Ihrem Vorredner, GR Dr. Rasinger, hielt Neck-Schaukowitsch Informationsmangel bezüglich der sozialen Dienste in Wien vor.

Der technische und medizinische Fortschritt erfordere mehr und qualifizierteres Pflegepersonal. Seit 1976 wurde die Zahl der diplomierten Pflegepersonen in den Akutspitälern von 3.914 auf fast 6.000 erhöht, die der Stationsgehilfen von 1.710 auf 900 reduziert. Das sei das beste Verhältnis zwischen diesen beiden Gruppen in ganz Österreich. Wien habe über 20 Prozent der Bevölkerung, aber 30 Prozent der Pflegepersonen von Österreich. Daß trotzdem noch immer zuwenig Pflegepersonal zur Verfügung steht, sei kein Wiener und auch kein österreichisches Problem allein.

Als Sofortmaßnahme wurde bereits mit Kosten von 250 Millionen Schilling die Aufnahme von zusätzlichen 70 Ärzten, 245 diplomierten Krankenschwestern und 300 Helfern veranlaßt sowie eine Supervision eingeführt.

Abschließend sagte Neck-Schaukowitsch, der Mißtrauensantrag gegen Stadtrat Stacher richte sich auch gegen die 22.000 Bediensteten in den Wiener Gesundheitseinrichtungen. Die Wiener Bevölkerung sei mit großer Mehrheit für den Verbleib von StR Stacher in seinem Amt. Jetzt gelte es, neue Ideen gemeinsam mit Stacher zu verwirklichen.

GR Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) stellte in ihrer Wortmeldung fest, daß das Anstaltenamt ein riesiges Wirtschaftsimperium mit 22.400 Beschäftigten und 17 Milliarden Budget sei. Sie kritisierte die Form des vorgelegten Wirtschaftsberichtes, in dem zwar eine genaue Aufstellung der Kraftfahrzeuge enthalten sei, aber keine Aufschlüsselung des Personals. Überhaupt zeige die Art der Zusammenstellung einen großzügigen Umgang mit Zahlen. Weiters kritisierte Schilling, daß es zwar 138.000 Verpflegungstage mehr gebe, aber die Wäschereiausgaben gesunken seien. Dafür gebe es, erklärte Schilling, im Pflegeheim Lainz zu wenig Wäsche, weil die Wäscherei, die für 220 Millionen Schilling umgestellt worden sei, mit den Lieferungen nicht nachkomme. Ein besonderes Problem stelle die Personalfrage in

Forts. von Blatt 1432

Forts. auf Blatt 1434

Forts. von Blatt 1433

Pflegeheimen dar. So seien die Kosten für Gehälter um 60 Millionen gesunken, dafür die Kosten für Mehrdienstleistungen um 54 Millionen gestiegen. Das bedeute, daß mehr Patienten in weniger Betten von weniger Personal mit mehr Überstunden versorgt werden müssen. Die Gemeinderätin verlangte eine Revolution im Spitalswesen, eine weitgehende Ausgliederung und sozial- und betriebswirtschaftlich geführte Häuser mit einem zeitgemäßen Management und Rechnungswesen. Es bedürfe einer neuen Wertung des Gesundheitswesens, die aber nicht langsam und schrittweise erfolgen solle, sondern mit schmerzhaften Schnitten tief in die verkrusteten Strukturen, schloß Schilling.

GR KÖNIG (SPÖ) wies auf die Veränderungen und Fortschritte im Wiener Spitalswesen hin, die er auch als Patient in den letzten zehn Jahren erlebt habe. Er habe in dieser Zeit seiner eigenen schweren Krankheit aber nicht nur den qualitativen Anstieg der Gesundheitsversorgung in Wien kennengelernt, sondern auch die fachliche und humane Kompetenz von Gesundheitsstadtrat Alois Stacher als Arzt und Politiker. Die ÖVP ignoriere bei ihren Angriffen diese Qualitäten und die Fortschritte im Gesundheitswesen, die sich von der gesunkenen Säuglingssterblichkeit bis zur gestiegenen Lebenserwartung nachweisen lassen. Allen enormen Fortschritten zum Trotz werde Stacher nun zum Schuldigen gestempelt, auch für Probleme, die gar nicht in seiner Kompetenz liegen. Gerade jetzt müsse aber Stacher die weiteren notwendigen Reformen in Angriff nehmen, da alleine er das nötige Rüstzeug dazu habe. König schloß mit einem Dank an den Gesundheitsstadtrat.

Es sei unzulässig, einen Mißtrauensantrag gegen StR Stacher mit dem leisesten Mißtrauen gegen irgendwelche Bedienstete gleichzusetzen, sagte StR Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP). Spitäler — und auch viele andere Einrichtungen — funktionieren nur deshalb so gut, weil der gute Wille der Mitarbeiter über das weit hinausgehe, was sie eigentlich zu leisten verpflichtet wären. Hampel-Fuchs kritisierte, daß seit Erscheinen des Berichtes der internationalen Expertenkommission einige Tage vergangen seien und noch immer kein Sofortprogramm präsentiert worden sei. Zur Diskussion über die Pflegeheime meinte sie, der Standard müsse das SMZ-Ost sein.

Wien verfüge bereits über eine gute Struktur sozialer Dienste. Diese sollte man auf unbürokratische Weise dadurch verbessern, daß die Hauskrankenpflege dazugeschaltet wird. Eine Veranstaltung im April unter dem Titel „Was versteht man unter Hauskrankenpflege?“, wertete sie als eine Provokation. Auf diese Weise wolle man sich lediglich vor der dringend notwendigen Realisierung drücken.

Viele nun als Probleme des Spitals- und Gesundheitsbereiches angerissene Kritikpunkte hätten ihre Wurzel in gesamtgesellschaftlichen Fehlentwicklungen, sagte GR Herta SLABINA (SPÖ). Es gehe nun unter anderem darum, das Image der älteren Menschen zu verbessern, negative gesellschaftliche Trends abzufangen und ein Umdenken bei der Bevölkerung einzuleiten. Wie auch in den zehn Jahren der Psychiatriereform, werde dieser Sensibilisierungsprozeß großen Aufwand nicht nur in finanzieller, sondern vor allem auch in humaner Hinsicht erfordern. Man müsse, sagte Slabina, Werbung um Verständnis für die Probleme und Nöte alter Menschen machen und nicht durch Skandalisierung und Diffamierung ein Gesundheitssystem, das erfolgreich funktioniert habe, diskreditieren. Erforderlich sei eine Intensivierung des Spitals- und Pflegenetzes im ambulanten, stationären und extramuralen Bereich und die Sicherung der Qualität der medizinischen Leistungen. Manche der nun erhobenen Forderungen seien berechtigt, doch dürfe man die Erfolge der Gesundheitspolitik unter Stacher nicht in Abrede stellen.

StR Univ.-Prof. Dr. STACHER stellte abschließend fest, daß an den Ombudsmann hinsichtlich des betroffenen Pavillons im Lainzer Krankenhaus bei 14.000 behandelten Patienten innerhalb etlicher Jahre nur 25 Be-

Forts. auf Blatt 1435

schwerden herangetragen worden seien, von denen lediglich sieben die Pflege betrafen. Daraus habe dieser keine Schlüsse auf außergewöhnliche Vorkommnisse ziehen können. Weitaus mehr Hinweise erhielt er dann nach Bekanntwerden der Mordserie.

Wie weit es günstig gewesen sei, nach Bekanntwerden der Morde mit Erlässen an die Mitarbeiter in den Spitälern zu reagieren, wie dies die Spitalverwaltung selbständig tat, könne er nicht definitiv beurteilen.

Im Zusammenhang mit der Ausbildung von Fachärzten stellte Stacher fest, daß die Ärztekammer stets eine restriktive Haltung eingenommen habe, der sich das Ministerium angeschlossen habe. Nun sei es jedoch gelungen, den Interessen Wiens bei der Versorgung durch Fachärzte mehr Gewicht zu geben.

Stacher wies darauf hin, daß Wien das einzige Bundesland sei, in dem Selbsthilfegruppen eine Unterstützung erhalten.

Hinsichtlich der Genesungspflege stellte Stacher fest, daß nach einem Gespräch zwischen dem Bürgermeister, dem Vizebürgermeister und ihm nun ein Kuratorium Genesungspflege für die Nachbetreuung zu Hause sorgen soll und zwei Pavillons, die jetzt leerstehen, dafür genützt werden.

Zu den Zielen des Gesundheitswesens erläuterte der Stadtrat, daß das Gesundheitswesen auf der Prävention aufbaue sowie eine bessere Außenversorgung und eine optimale Versorgung im Krankenhaus mit erstklassiger Spitzenmedizin einschließe. Es sei dafür zu sorgen, daß die Wiener Bevölkerung und die Menschen aus der Umgebung, allenfalls auch Patienten aus den anderen Bundesländern ausreichend betreut und behandelt werden. Im Gesundheitswesen werden Reformen nie abgeschlossen sein, betonte Stacher, weil sich die Voraussetzungen ständig ändern, weil enorme Fortschritte erzielt werden und weil sich neue Möglichkeiten eröffnen, die heute noch nicht bekannt sind. Vehement verwahrte sich Stacher gegen einen Vorwurf, er sei — sinngemäß — schuld daran, daß in einem Spital gemordet würde.

Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

GR Ingrid KARIOTIS (FPÖ) kritisierte scharf die 150-Jahr-Feier des Wiener Marktamtes und den aus diesem Anlaß veranstalteten Markt auf dem Rathausplatz. Sie bezeichnete den Rathausmarkt als blamables Ereignis, das sich vorweg abgezeichnet habe. Der zuständige Gemeinderatsausschuß sei erst im April über dieses Projekt informiert worden, es habe keinerlei Konzept dafür gegeben. Eine solche Veranstaltung wäre besser und zielführender am Tag der offenen Tür abgehalten worden, sagte Kariotis. Der Rathausmarkt habe gezeigt, daß StR Christine SCHIRMER nicht bereit sei, sich mit konstruktiven Vorschlägen der FPÖ auseinanderzusetzen, sie habe damit allen Beschäftigten im Marktbereich geschadet. Statt der angekündigten Nachbildung eines traditionellen Wiener Marktes habe es sich um eine bemitleidenswerte Ansammlung von Marktfahrern mit Langos, Kriegsspielzeug und Babysachen gehandelt.

Kariotis warf Schirmer vor, nach dieser Blamage auch noch ihre Zuständigkeit gelegnet und sich auf ein Versagen der Privatinitiative ausgedreht zu haben.

Kariotis stellte den ANTRAG, für den nächsten Christkindlmarkt ausschließlich traditionelle und typische Waren zuzulassen.

Zur allgemeinen Situation der Märkte in Wien sagte Kariotis, es sei schlecht darum bestellt, und urgierte deshalb ein Marktkonzept. Wiens Märkte brauchen die Hilfe der Stadt Wien, erklärte Kariotis. Man sollte ihnen kein Korsett anlegen, aber die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. In weiteren ANTRÄGEN forderte Kariotis die Erstellung eines Marktzustands-

Forts. von Blatt 1434

Forts. auf Blatt 1436

kataloges durch ein Betriebsberatungsunternehmen sowie die Erarbeitung objektiver Vergaberichtlinien für Marktstände.

Zur Frauenpolitik hielt Kariotis StR Schirmer vor, in den letzten eineinhalb Jahren außer der Einrichtung einer Frauenservicestelle keinerlei erkennbare Aktivitäten gesetzt zu haben.

Zum Schluß appellierte Kariotis an Schirmer, oppositionelle Kritik nicht immer als persönliche Beleidigung zu empfinden und dadurch eine kooperative Zusammenarbeit zu verhindern.

Konsumentenschutz könne von Umweltschutz nicht getrennt gesehen werden, sagte GR Rosemarie WALLNER (ÖVP). So werde beispielsweise „Essen auf Rädern“ in Kunststoffbehältern geliefert. Für ältere Menschen ergeben sich Probleme bei der Entsorgung.

Es sei positiv, daß speziell im Bereich des Konsumentenschutzes zahlreiche Informationen publiziert werden, doch hätten viele einen „No-na-Charakter“. Typische Beispiele seien Durchsagen in U-Bahn-Stationen, etwa, daß es eine Störung gebe. Sinnvoller wäre es, mitzuteilen, wie lange diese Störung noch dauern werde. Auch sei das Schild „Geschlossen“ bei Vorverkaufsstellen nicht sehr hilfreich, wichtig wären einheitliche Öffnungszeiten.

Wallner urgierte eine Vorsorge bezüglich der Verschuldung privater Haushalte. Verantwortungsvolle Konsumentenschutzpolitiker sollten nicht erst helfen, wenn etwas „geschehen“ sei, sondern rechtzeitig Möglichkeiten für Hilfen anbieten.

GR PUDSCHEDL (SPÖ) erklärte, GR Kariotis habe zwei Dinge verwechselt: StR Schirmer sei für die gutgelungene Ausstellung anlässlich des 150-Jahr-Jubiläums des Marktamtes verantwortlich gewesen, während der Markt vor dem Rathaus, der ein Flop war, vom Gremium der Marktstandler organisiert worden sei. Aufgabe des Marktamtes seien lebensmittelpolizeiliche Überwachungen. So wurden im Vorjahr 19.000 Betriebe überprüft. Von 12.600 gezogenen Proben waren 34 Prozent zu beanstanden. Dies bedeute auch eine wichtige gesundheitspolitische Maßnahme.

Eine wichtige Aufgabe der Geschäftsgruppe sei der Einkauf für die Stadt Wien, die dafür ein Budget von 850 Millionen Schilling zur Verfügung hatte. Dabei wurde darauf geachtet, preis- und qualitätsbewußt und immer mehr auch umweltschonende Produkte einzukaufen. Auf dem Gebiet der Rechtsangelegenheiten wurde, wie Pudschedl betonte, eine wichtige Initiative gesetzt und die Enquete zur Bauordnung einberufen. Abschließend appellierte der Gemeinderat an alle, mitzuhelfen, daß mehr Frauen in leitende Positionen kommen. Dies sei nicht nur gerecht, sondern auch leistungssteigernd, schloß Pudschedl.

GR Edith LAHL (SPÖ) zog eine positive Bilanz der Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst. Sie verwies u.a. auf den Einkauf umweltfreundlicher Produkte durch die MA 54 und auf die Aktion „Umweltbewußtes Einkaufen“ im Sinne des Umweltschutzes.

Zumindest ebenso bedeutend wie der Umweltschutz seien jedoch die Menschenrechte. GR Lahl sprach sich in diesem Sinne für einen Boykott südafrikanischer Produkte aus, da in diesem Staat nach wie vor die schwarze Majorität von der weißen Minderheit um ihre demokratischen Rechte gebracht werde. Die Rednerin stellte den ANTRAG, der Magistrat, die Wiener Stadtwerke und alle Betriebe in mehrheitlichem Besitz der Stadt Wien zu verpflichten, auf Güter und Dienstleistungen aus Südafrika zu verzichten.

Weiters sprach sich Lahl dafür aus, Gastarbeitern die Einbürgerung durch Verkürzung des Behördenweges und die Möglichkeit der Gebührenermäßigung weiter zu erleichtern.

Unter Hinweis auf die Nahversorgungserhebungen in verschiedenen Bezirken wies die Rednerin auf die gute Versorgung in Wien hin. Ferner hob

Forts. von Blatt 1435

Forts. auf Blatt 1437

sie die Bedeutung der Frauenservicestelle hervor, die vielen Frauen bei den verschiedensten Problemen zur Seite stehe.

Die Aktion „Umweltbewußt einkaufen“ zeige deutlich das Nahverhältnis zwischen Konsumentenschutz und Umweltschutz auf, sagte StR Christine SCHIRMER. Man versuche durch Kennzeichnung, etwa bei Sprays, treibgasfreie Alternativen anzubieten. Leider sei diese Aktion zum Teil auf den Widerstand von Handel, Industrie und auch der Wiener Handelskammer gestoßen.

Wien könne stolz darauf sein, bei Lebensmitteluntersuchungen nicht nur österreichweit führend zu sein. 13 Lebensmittelproben pro 1.000 Einwohner, liegen auch deutlich über dem EG-Durchschnitt. Dieser hohe Standard ermögliche es im Falle von aus Problemen mit dem Ausland kommenden Lebensmitteln, rasch zu reagieren. Die bei uns gültigen strengen Gesetze müßten auch im Falle einer möglichen Annäherung an die EG beibehalten werden.

Zum kürzlich zu Ende gegangenen Rathausmarkt sagte Schirmer, es habe ein klar umrissenes Konzept des Gremiums gegeben. Viele, die fix zugesagt hatten, hätten kurz vor Beginn aus unbekanntem Gründen abgesagt. Daher habe es den angekündigten, altertümlichen Rathausmarkt nicht gegeben.

Zur Kritik von GR Kariotis, die Stadt Wien tue zu wenig für die Wiener Märkte, stellte Schirmer klar, daß diese bei einer Kostendeckung von 41 Prozent von der Stadt Wien zu 59 Prozent unterstützt werden. Es verwundere sie, daß Marktparteien von den angebotenen Öffnungszeiten teilweise keinen Gebrauch machen. So schließe die Nußdorfer Markthalle an einigen Werktagen um 13 Uhr. Dies sei ausgesprochen konsumentenfeindlich.

Die Frauen-Servicestelle verzeichnete an die 2.000 Anfragen in Form von Anrufen, Vorsprachen oder Briefen. Ab September werde es möglich sein, daß eine Juristin an den „langen Donnerstagen“ mit Rat und Tat zur Verfügung steht. Die meisten Probleme, wegen denen sich Frauen an die Servicestelle gewandt hätten, betrafen Wohnungsprobleme vor, während und nach einer Scheidung, sowie den Wunsch nach Arbeitsplätzen.

Auch eine andere Einrichtung erfreue sich eines ständig steigenden Interesses: das Konsumententelefon, das inzwischen so häufig um Rat befragt wird, daß zwei bis drei Mitarbeiter ausschließlich für den Telefondienst zur Verfügung stehen.

Wohnbau und Stadterneuerung

GR KIRCHNER (FPÖ) stellte fest, daß der Rücklage beim Wohnbau 670 Millionen Schilling zugeführt wurden, wodurch die nicht in Anspruch genommenen Mittel auf 4,6 Milliarden Schilling angestiegen seien. Kirchner wollte wissen, wann diese Mittel wirksam werden beziehungsweise welche Höhe sie noch erreichen sollen. Der Annuitätenzuschuß bei der Wohnbauförderung sei eher eine Bankenförderung, weil diese aus der Förderung am meisten verdienen. Die hohen Annuitätenbelastungen seien für eine vierköpfige Familie ohne öffentliche Unterstützung nicht finanzierbar.

Der Kontrollamtsbericht über diese Geschäftsgruppe lese sich wie eine Horrorgeschichte, während die Stellungnahmen der kritisierten Dienststellen linkisch wirkten, sagte Kirchner. Immer werde nur erklärt, daß auf eine Vermeidung der inkriminierten Handlungen in Zukunft gedrängt werde, während die Gegenwart in keinem Wort erwähnt werde. Zudem würden Steuergelder leichtfertig für nicht geleistete Arbeiten ausgegeben. Durch die Nichtbehebung von gemeldeten Bauschäden würden um ein Vielfaches höhere Folgeschäden bewirkt.

GR Ing. MANDAHUS (ÖVP) stellte fest, daß bei der Wohnhaussanierung 1988 erstmals ein Förderungsvolumen von drei Milliarden Schilling erreicht

Forts. von Blatt 1436

Forts. auf Blatt 1438

wurde, womit das Wiener Gewerbe sehr zufrieden sei. Allerdings habe man schon vor fünf Jahren dieses jährliche Volumen angekündigt, das nun erst heuer erreicht wurde. Er hoffe, daß sich dies in den nächsten Jahren fortsetzen werde, sagte Mandahus.

Mandahus kritisierte die Aufteilung der Förderungsmittel auf die verschiedenen Förderungswerber, weil der Anteil für gemeindeeigene Objekte zu hoch sei. Die Behauptung, daß das Bau- und Baunebengewerbe voll ausgelastet sein und dadurch Probleme der Kapazität sowie ein Preisanstieg über der Inflationsrate entstehe, sei falsch, sagte Mandahus. In Wirklichkeit lägen genügend Angebote der Firmen vor. Daß es nicht mehr sind, liege an den Problemen der unklaren und zu langen Fristen bis zum Baubeginn und an den den guten Sitten widersprechenden Vertragsbedingungen, die die Auftragnehmer benachteiligten. Mandahus forderte in diesem Zusammenhang eine Harmonisierung der Vertragsbedingungen.

Zur Wohnungsverbesserung stellte Mandahus fest, daß es 1988 einen Rückgang des Förderungsvolumens auf 727 Millionen gegeben habe und heuer ein weiterer Rückgang zu erwarten sei.

Mandahus kritisierte den Umstand, daß seiner Meinung nach die WIBEBA und einige bestimmte Firmen bei den Vergaben durch „Tricks“ und durchs „Hintertür“ bevorzugt werden.

Abschließend bedankte sich Mandahus für die Vorlage des „Energiesparberichtes“, der eine große Verantwortung für die Ausnützung des diesbezüglichen Potentials für den zuständigen Stadtrat und alle Beteiligten mit sich bringe.

Durch die Verländerung der Wohnbauförderung sei es zu Minderausgaben im Wohnbau in der Höhe von 367 Millionen Schilling gekommen, sagte GR HUMMEL (SPÖ). Trotzdem wurden 3.000 Wohnungen, zwei Heime und mehrere Lokale gefördert. Mit dem neuen Wiener Wohnbauförderungsgesetz, das seit kurzem in Kraft ist, sollen 4.000 Wohnungen jährlich gefördert werden, und zwar so, daß auch ein erträglicher Zins für die Mieter herauskommt, betonte Hummel. Bei der Überprüfung von 234 Anträgen nach Paragraph 18 des Mietrechtsgesetzes konnten den Mietern insgesamt 436 Millionen Schilling erspart werden. Eine ganz große Rolle bei der Bautätigkeit spiele auch die Instandhaltung aus den Erhaltungsbeiträgen. Im Schnitt der letzten Jahre wurden allein im gemeindeeigenen Bereich 1,5 Milliarden Schilling eingesetzt. Zum Wohnungsmarkt sagte Hummel, daß von 23.000 Wohnungsansuchen um Gemeindewohnungen 12.700 Fälle vorgemerkt wurden. Insgesamt wurden rund 10.000 Wohnungen vergeben. Trotzdem bestehe nach wie vor ein hoher Bedarf an Wohnungen im quantitativen und im qualitativen Sinne.

GR FUCHS (ÖVP) kritisierte die sinkende Investitionstätigkeit auf dem Wohnbausektor. Fuchs fragte, was aus dem Modell „Vollwertiges Wohnen“ in Wien geworden sei. Kaum etwas davon sei verwirklicht worden, es sei bei der Ankündigung geblieben. Weiters kritisierte Fuchs, daß laufend Steuermittel zur Erhaltung von Gemeindebauten zugeschossen werden müßten. Das liege auch an der mangelnden Qualität jener Anlagen, die bereits jetzt, relativ kurz nach der Fertigstellung, saniert werden müßten. Schließlich warf Fuchs der Wohnhausverwaltung der Stadt Wien vor, kaufmännisch mangelhaft und nicht kundennah zu arbeiten. Eine private Verwaltung wäre hier besser. Schließlich wies er auf die Mietzinsrückstände in den kommunalen Wohnungen hin, die teilweise auch durch Fehlbelegungen bedingt seien. In diesem Zusammenhang brachte der Redner den ANTRAG ein, den Tausch von Gemeindewohnungen durch aktive Unterstützung zu fördern und damit Fehlbelegungen zu verhindern.

StR EDLINGER (SPÖ) zeigte sich enttäuscht darüber, daß es im Rahmen der Rechnungsabschlußdebatte kaum Äußerungen zu den Veränderungen der Rechtslage gegeben habe, die sich durch das neue Wohnbauför-

Forts. von Blatt 1437

Forts. auf Blatt 1439

derungsgesetz ergeben haben. Heute gebe es eine andere politische Realität, die Verantwortlichkeit liege zu einem großen Teil bei den einzelnen Ländern.

Edlinger erklärte sich bereit, über die Vorschläge der FPÖ zu diskutieren, sollte er diese in Form von Konzepten erhalten. Zu der Behauptung, das Wohnen wäre in Niederösterreich billiger als in Wien, meinte der Stadtrat, daß dies nicht stimme. In Wien betrage die Mietbelastung einer Mietwohnung zwischen 30 und 42,43 Schilling pro Quadratmeter. Niederösterreich habe kürzlich angeboten, die Mieten extrem billig zu gestalten — 45 Schilling pro Quadratmeter. Dies sei ein Betrag, den Wien nicht einmal im 15. Förderungsjahr erreichen werde.

Zu Kontrollamtsberichten der Jahre 1983 bis 1986 sagte Edlinger, man habe alles Menschenmögliche unternommen, um künftig solche Fehler zu vermeiden. Er persönlich stehe auf dem Standpunkt, wer nur einen Fehler mache, sei ein ausgezeichnete Mitarbeiter, und niemand im Gemeinderatssitzungssaal könne von sich behaupten, daß er keine Fehler mache.

Edlinger betonte, daß Wien das einzige Bundesland sei, in dem die Wohnbauförderung für alle offen sei. Ein Inserat im Zuge der AK-Wahl mit dem Inhalt „Weg vom Zwang der Förderung nur genossenschaftlicher Wohnungen“ bezeichnete er als unfair und schlichtweg falsch. Weiters gab er die Garantie ab, daß das Investitionsvolumen im Bereich der Stadterneuerung gesichert sei. Zum Thema „Vollwertwohnen“ sagte er, das Konzept sei auf mehrere Jahre ausgedehnt worden, und es werde nicht von der Stadt, sondern von gemeinnützigen Genossenschaften durchgeführt werden.

Die Sitzung wurde um 21.20 Uhr unterbrochen und wird morgen, Freitag, fortgesetzt. (Schluß) red

Forts. von Blatt 1438

Plakataktion: Die Waffen nieder

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Vor hundert Jahren ist der Roman „Die Waffen nieder“ von Berta von SUTTNER erschienen. Aus diesem Anlaß gab es am Donnerstag nachmittag auf dem Rathausplatz eine Plakataktion der GEWISTA, der „Z“, des Kongreßzentrums und des Austria Center Vienna, wobei Bürgermeister Dr. Helmut ZILK als „Plakatierer“ auftrat.



Foto: PID/Hutterer

Drei Plakate zeigen die Problematik auf; ein Plakat zeigt das Motto „Die Waffen nieder“, auf einem zweiten Plakat ist Michail GORBATSCHOW abgebildet, neben ihm auf englisch „Lay down your arms“, das dritte Plakat zeigte George BUSH, neben ihm ist das Motto „Die Waffen nieder“ auf cyrillisch zu sehen.

Bürgermeister Dr. Zilk erinnerte daran, daß Wien ein Ort der Begegnung geworden sei. Das begann mit dem Staatsvertrag 1955, ging über das berühmte Treffen KENNEDY-CHRUSCHTSCHOW 1961 bis zum Treffen Jimmy CARTER und Leonid BRESCHNJEW im Juli 1979. Wien ist mit der UNO-City übrigens auch die 3. UNO-Metropole. Wien werde die Tradition weiterführen, sagte Zilk. Als Kongreßstadt finden in diesen Tagen, in den kommenden Monaten und Jahren immer wieder Begegnungen von Menschen aus Ost und West statt, die für den Frieden eintreten.

Heuer 75. Todestag von Bertha von Suttner

Auf den 21. Juni fiel der 75. Todestag von Bertha von SUTTNER. Sie wurde am 20. Juni 1843 in Prag geboren. Ihr Vater starb kurz vor ihrer Geburt. Bis zu ihrem dreißigsten Lebensjahr führte Bertha ein ruhiges Leben, an der Seite ihrer Mutter von Ort zu Ort reisend. Nachdem das väterliche Vermögen aufgezehrt war, nahm sie eine Stelle als Gouvernante im Hause des Barons Suttner an und verliebte sich in den Sohn des Hauses, Arthur Gundaccar, den sie 1876 heiratete. Die folgenden neun Jahre verbrachte das Ehepaar in Rußland. In diesen Jahren beginnt auch die schriftstellerische Tätigkeit Bertha von Suttners. Sie schrieb einige Gesellschaftsromane. 1885 aus Georgien zurückgekehrt, sah sie Alfred Nobel 1887 in Paris wieder. Hier erfuhr sie von der Existenz einer Friedensgesellschaft in London, die ein internationales Schiedsgericht an Stelle von Waffengewalt

in zwischenstaatlichen Streitfällen entscheiden lassen wollte. Von dieser Idee begeistert, wollte sie die öffentliche Meinung gegen den Waffenkult und die Verherrlichung des Krieges mobilisieren und glaubte dies am wirksamsten mit einem Roman erreichen zu können. 1889 erschien unter großen Schwierigkeiten — zahlreiche Verleger hatten abgelehnt — „Die Waffen nieder!“. Das Buch wurde in 16 Sprachen übersetzt und machte die Autorin schlagartig berühmt. Vielfach angefeindet und lächerlich gemacht („Friedensbertha“), wurde sie nun zur unermüdlichen Propagandistin des Friedens. 1891 gründete sie in Österreich unter Mitwirkung prominenter Persönlichkeiten, unter anderen auch Peter Rosegger, die Gesellschaft der Friedensfreunde, 1892 in Berlin eine Friedensgesellschaft. Beim ersten größeren Friedenskongreß in Rom 1891 vertrat sie Österreich, und auf der großen Friedenskonferenz in Haag 1899, an der auch die offiziellen Vertreter der Regierungen teilnahmen, war sie die einzige Frau und ihr Salon der Mittelpunkt für alle Teilnehmer. Drei Jahre später starb ihr Mann, 1905 erhielt sie den Friedensnobelpreis. Fast siebzigjährig reiste sie 1912 noch in die USA und hielt über hundert Vorträge.

Am 21. Juni 1914 — wenige Wochen vor dem Beginn des Weltkriegs — starb sie in Wien. (Schluß) red/rr

Forts. von Blatt 1440
